

SPD Kreis Herzogtum Lauenburg

Kommunalwahlprogramm 2023 - 2028

Präambel

Ob jung oder alt, als Familie oder Single, unser schöner Kreis hat für uns alle etwas zu bieten. Der Kreis Herzogtum Lauenburg besticht dabei durch seine Vielfalt: Ländliche Gebiete, Wälder, Seen – aber auch die Nähe zu den Städten Hamburg, Lübeck und Lüneburg macht den Kreis besonders attraktiv. Wir leben sehr gerne hier. In unseren liebevoll geprägten Dörfern und historischen Städten lohnt es sich, zu wohnen, zu arbeiten und natürlich auch die Freizeit zu verbringen. Dies zeigt auch die seit vielen Jahren steigende Zahl an Einwohner*innen im Kreis.

Dabei sind es vor allem die Menschen, die unseren Kreis so lebenswert machen. Hierbei leisten insbesondere die engagierten Verbände und Vereine einen unschätzbaren Beitrag – sie sind es, die unser Zusammenleben maßgeblich stärken und fördern.

Bei der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 liegt es in der Hand der Bürger*innen, welche Weichen wir für die Zukunft unseres Kreises stellen. Welchen Stellenwert wird der Umwelt- und Naturschutz einnehmen und was sind wir bereit, im sozialen Bereich zu investieren, um allen Menschen bei uns im Kreis ein gutes Leben zu ermöglichen?

Anders als in den vergangenen Jahren, brauchen wir politische Mehrheiten, die verstärkt den Menschen in den Blick nehmen und den Umwelt- und Klimaschutz stärken.

Unsere Gesellschaft verändert sich – auch im Kreis Herzogtum Lauenburg wächst der Anteil älterer Menschen. Hierauf gilt es mit angepasster Infrastruktur und der Weiterentwicklung von Angeboten zu reagieren. Dies betrifft nicht nur die Pflege, sondern auch den weiten Bereich der Teilhabe. Viele Senior*innen stehen mitten im Leben. Ihr ehrenamtliches

Engagement in Gesellschaft und Politik ist eine wichtige Säule für ein gutes Zusammenleben.

Der Klimawandel macht auch vor unserer Haustür nicht halt – es reicht ein Spaziergang durch unsere schönen Wälder, um dies mit eigenen Augen zu sehen. Auch im Interesse nachfolgender Generationen muss der Klimaschutz ernster genommen werden. Dies bietet zudem Chancen vor Ort, denn hier findet die Energiewende statt.

Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen, muss unser Weg zur Schule, Ausbildung, Arbeit, zum Einkauf oder in der Freizeit sauberer werden. Damit Pendler*innen eine echte Alternative zum Auto haben, brauchen wir ein stärkeres ÖPNV-Angebot mit besserer Taktung, insgesamt also mehr Busse und Bahnen. Ein Ausbau der Radwege kommt auch dem Tourismus zugute. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden.

Der gesetzliche Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern sowohl in Kindertagesstätten, als auch künftig in der Schule stellt den Kreis als Träger der Jugendhilfe vor große Herausforderungen. Diesen müssen wir entschlossener begegnen. Für uns ist klar: Eltern und Erziehungspersonen müssen sich auf wohnortnahe Betreuungsplätze verlassen können – trotz des sich dramatisch entwickelnden Fachkräftemangels.

Der Alltag der Menschen findet vor Ort, in den Städten und Gemeinden, statt. Hier entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinander leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Wir brauchen handlungsfähige Städte und Kommunen, die ein gutes Leben für alle möglich machen und auch kommende Aufgaben schultern können. Dies funktioniert nur dann, wenn sie auch die entsprechenden finanziellen Ressourcen haben. Hierfür macht sich die SPD stark.

Soziales

Eine Vielzahl sozialer Gefährdungen wie Armut, Erziehungs- und Qualifizierungsprobleme, Verschuldung sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch zeigen sich vor Ort und machen eine eigenständige kommunale Sozialpolitik notwendig. Soziale Gerechtigkeit bedeutet in erster Linie Chancengleichheit herzustellen, aber auch Not zu verhindern. Unsere Zielsetzung ist, dass alle Menschen selbstbestimmt leben können und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft gestärkt wird.

Wohnen

Wer bei den Eltern ausziehen möchte, eine Familie gründet oder im Alter eine kleinere und barrierefreie Wohnung benötigt, merkt schnell: Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in der Region, damit ein gutes Zuhause für alle möglich ist. Auch betreutes Wohnen im Alter wird in den nächsten Jahren immer stärker nachgefragt werden. Wir brauchen dringend Vereinbarungen mit Baugenossenschaften und Bauträgern, um bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Ein Projekt der SPD ist bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende – hier sehen wir die Chance, dass diese gerne in unserem Kreis wohnen und nicht abwandern. Auch für Studierende sollte ein entsprechendes Angebot vorgehalten werden.

Zu bezahlbarem Wohnen gehören auch wohnortnahe Arbeitsplätze. Diese müssen im Kreis erhalten und gefördert werden, auch um Pendler*innenströme zu verringern. Geringere Pendler*innenbewegungen sparen Geld bei den Einwohner*innen, Ressourcen beim Bau von Verkehrswegen und der Produktion von Energie und erhöhen Lebensqualität durch mehr freie Zeit. Ein kurzer Weg zum Arbeitsplatz ist daher auch Klimaschutz. Mit der Bereitstellung von nötigem Wohnraum muss daher auch eine Ansiedlung von Arbeitsplätzen korrespondieren.

Suchtberatung und Präventionsarbeit

Wir setzen uns für die Fortführung der unverzichtbaren und wertvollen Arbeit der Alkohol- und Drogenberatung ein. Hierfür müssen – auch mit Blick auf den steigenden Bedarf – ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen die gesundheitliche Aufklärung über „vor-bildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“, insbesondere Präventionsmaßnahmen im Bereich sozialer Netzwerke (Cybermobbing) oder digitaler Medien (Handy). Es gilt insbesondere, Präventionsangebote zu forcieren – ausdrücklich auch für die Oberstufen an den Schulen und des BBZ.

Schuldnerberatung

Die Schuldner- und Insolvenzberatung im Kreis ist nicht mehr wegzudenken. Unsere Zielsetzung ist, die Schuldnerberatung wohnortnah im Kreis zu gestalten und dezentrale Beratungen anzubieten. Die SPD wird sich wie auch in der letzten Wahlperiode dafür einsetzen, dass die finanziellen und personellen Ressourcen der Schuldnerberatung erhöht werden, damit die Arbeit dauerhaft gesichert ist. Insbesondere auch im Bereich der Präventionsarbeit für Jugendliche und Kinder.

Gesundheit

Eine verlässliche und gute Gesundheitsversorgung muss in unserem gesamten Kreis sichergestellt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen im Kreis — unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem Wohnort, ihrem Alter, ihrem Einkommen, ihrer Bildung und ihrer Sprache — einen sicheren Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung haben. Hierzu gehört sowohl die flächendeckende ambulante Versorgung mit Hausärzt*innen, Familienärzt*innen und Kinderärzt*innen genauso aber auch mit Apotheken. Wir unterstützen die Ansiedlung von Ärzt*innen

aller Fachrichtungen in kommunal getragenen Versorgungszentren, um die kreisweite Versorgung zu gewährleisten.

Der Erhalt des Johanniter-Krankenhauses Geesthacht als Grundversorger für alle Bürger*innen muss sichergestellt werden. Das geburtshilfliche Angebot muss erhalten und zukunftsfähig zu einer Abteilung mit Perinatalem Schwerpunkt (Level 3) ausgebaut werden.

Die SPD strebt langfristig eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser im Kreis an. Das Management über einen externen Träger hat sich nicht bewährt. Eine Profitorientierung darf nicht über einer guten und menschenwürdigen Gesundheitsversorgung stehen. Hierzu gehört auch die Würdigung der Arbeit des medizinischen und pflegerischen Personals, die sowohl finanziell als auch zwischenmenschlich verbessert werden muss. Der professionelle Einsatz für Gesundheit darf nicht krank machen!

Prävention verstehen wir als Grundpfeiler für Gesundheit. Um alle Menschen in unserem Kreis mit Vorsorge- und Präventionsangeboten erreichen zu können, werden wir Maßnahmen unterstützen und umsetzen, um die Gesundheitskompetenz der Bürger*innen zu stärken und bereits in Kitas und Schulen hiermit beginnen.

In einem Flächenkreis wie unserem sind Fahrtwege zum Erreichen von Gesundheitsangeboten nicht immer vermeidbar. Um die Erreichbarkeit sicherzustellen, muss der ÖPNV flächendeckend, kostenlos und barrierefrei zur Verfügung stehen.

Geburtshilfe

Die geburtshilfliche Situation im Kreis Herzogtum Lauenburg ist prekär. Mit der Schließung des Kreißsaales in Ratzeburg wurden die Zustände für junge Eltern erneut verschärft. Lange Wege, Unsicherheit und eine fehlende Betreuung sind unzumutbar und gefährden Eltern und Neugeborene. Die Geburtshelfer*innen unseres Kreises, die diese Zustände tagtäglich mit vollem Einsatz und Engagement abfedern, werden gezwungen, über ihre körperlichen und mentalen Grenzen hinaus zu arbeiten. Als SPD verstehen wir eine sichere, wohnortnahe und qualitativ hochwertige

geburtshilfliche Versorgung als Grundrecht für Familien unseres Kreises und werden diese stärken. Dies gilt sowohl für die Begleitung durch freiberuflich tätige Hebammen in Schwangerschaft und Wochenbett sowie während der Geburt als auch für klinische geburtshilfliche Angebote. Daher setzen wir uns bedingungslos für den uneingeschränkten Erhalt der geburtshilflichen Abteilung im Johanniter-Krankenhaus Geesthacht ein. Zudem wird eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Geesthachter Geburtshilfe zu einer Abteilung mit Perinatalem Schwerpunkt (Level 3) in enger Abstimmung mit den Akteur*innen vor Ort und auf Landesebene fokussiert.

Hebammen sind die Fachpersonen für die Betreuung rund um Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit. Um eine Hebammenbetreuung für alle Familien gewährleisten zu können, muss unser Kreis als Wohn- und Arbeitsort für Hebammen besonders attraktiv sein.

Deshalb soll ein Beratungsangebot für Gründer*innen und bereits freiberuflich tätige Hebammen implementiert und langfristig gefördert werden, um bei der Ansiedlung, Organisation und Vernetzung zu unterstützen. Die Gründung hebammengeleiteter Einrichtungen als Ergänzung, keinesfalls aber als Konkurrenz zur klinischen geburtshilflichen Versorgung in unserem Kreis soll ebenfalls umfänglich unterstützt und finanziell gefördert werden. Ein runder Tisch zum regelmäßigen Austausch zwischen Kreis, freiberuflich tätigen Hebammen, Vertreter*innen der kreisansässigen klinischen Geburtshilfe sowie Gynäkolog*innen und Pädiater*innen wird angestrebt, um eine sichere und qualitativ hochwertige Versorgung für Familien sicherzustellen, Engpässe rechtzeitig zu erkennen und Lösungsstrategien im Sinne aller Akteur*innen zu entwickeln.

Als SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg arbeiten wir dafür, jungen Familien den besten Start ins gemeinsame Leben zu ermöglichen.

Pflegeberatung

Der Pflegestützpunkt mit seinen Beratungsbüros im Kreis leistet wertvolle Arbeit für die Betroffenen und Angehörigen. Dieses Angebot wird durch die demografische Entwicklung an Bedeutung gewinnen. Hier gilt es politisch anzusetzen. Der Pflegestützpunkt muss eine Anlaufstelle für alle Bürger*innen sein, wenn es um Informations- und Beratungsbedarfe im Pflegebereich geht. Das gilt auch für Leistungen von Menschen mit Behinderungen. Wir konnten durch unsere Beharrlichkeit eine weitere Aufstockung der Finanzen im Pflegebereich durchsetzen und wollen damit eine weitere Stelle am Pflegestützpunkt umsetzen. Ziel der SPD ist es, einen Pflege-Aktionsplan für den Kreis zu erstellen.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz III soll bundesweit die Rolle der Kommunen gestärkt werden, wenn es um Sicherstellung der Versorgung, Beratung, Unterstützung im Alltag und altersgerechtes Wohnen geht. Das bedeutet für uns, diese wichtigen Anliegen für Betroffene und ihre Familien im Kreis umfassend und zufriedenstellend umzusetzen.

Inklusion

Die SPD hat mit Standhaftigkeit die Festanstellung eines*r Inklusionsbeauftragten zur Umsetzung des Kreisaktionsplanes erwirkt. Nun gilt es, den Kreisaktionsplan mit Leben zu füllen, um die Belange der Menschen mit Behinderungen im Kreis umzusetzen. Das Inklusions- Netzwerk mit den Städten und Gemeinden in unserem Kreis muss ausgebaut werden, um die Kommunen professionell bei der Umsetzung zu begleiten.

Bildung

Gute Bildung ist das Fundament für Chancengleichheit und beginnt bereits im frühkindlichen Bereich. Die SPD tritt für den bedarfsgerechten Ausbau von Krippen- und KiTa-Plätzen ein. Kindertagespflegeplätze können eine sinnvolle Ergänzung sein. Ziel bleibt für uns die Kostenfreiheit

für Eltern/Erziehungsberechtigte, ohne dass die Kosten die Kommunen und Träger erdrücken.

Dem sich dramatisch entwickelnden Fachkräftemangel bei Erzieher*innen muss aktiv entgegengewirkt werden: Aus- und Fortbildungsplätze sind auszubauen. Berufliche Perspektiven sind zu verbessern. Teilzeitausbildung ist zu ermöglichen.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei und der damit verbundene Rechtsanspruch hat für uns oberste Priorität. Dabei kann eine bedarfsgerechte Anzahl an Tagespflegeplätzen eine gute, ergänzende Alternative sein. Wichtig ist, dass die Kindertagesstätten im Umfeld der Kinder liegen.

Eingeschränkte Öffnungszeiten sind immer noch eine große Hürde für die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir benötigen deutlich flexiblere Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten.

Kindertagesstätten sind kein Privileg der Städte. Wir unterstützen den Erhalt von Kindertagesstätten im ländlichen Bereich. Das bedeutet auch, dass die Plätze bezahlbar bleiben müssen. Vorschulische Sprachförderung und -vermittlung unterstützen wir vorbehaltlos. Diese muss an den Schulen fortgeführt werden, erst recht für die Kinder der nachziehenden Asylbewerber*innen in unserem Kreis. Vielfalt verstehen wir als Chance und Gewinn für unseren Kreis – Sprachvermittlung beginnt bei den Jüngsten.

Zukunft durch Bildung

Wir treten ein für gleiche Bildungschancen, für bestmögliche, individuelle Förderung jeder einzelnen Schüler*innen, längerem gemeinsamen Lernen, unabhängig von Herkunft oder sozialem Umfeld.

Treu dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ halten wir an einem wohnortnahen Angebot von Grund- und weiterführenden Schulen fest.

Zudem unterstützen wir weiterhin die Bemühungen der Gemeinschaftsschulen im Kreis, die eine Oberstufe aufbauen wollen, denn wir wissen: mehr Angebote schaffen mehr Abschlüsse. Zur Stärkung der Gemeinschaftsschulen zählt auch die Kooperationsmöglichkeit mit anderen weiterführenden Schulen, wie z.B. dem beruflichen Gymnasium.

Das Engagement und die Vielfalt unserer Vereine und Verbände an den Schulen macht deutlich, dass Bildung ein ganzheitlicher Auftrag der Gesellschaft ist. Die Eigenständigkeit der offenen Jugendarbeit darf dabei nie in Frage stehen. Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, die mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 einhergehen und stehen an der Seite der Verbände und Vereine, wenn es darum geht, zukunftsfeste Konzepte zu entwickeln. Die Stärkung und der Ausbau außerschulischer Lernorte und der non-formalen Bildung in der Jugendarbeit sind unser Anliegen. Internationale Jugendarbeit ist ein hoher Gewinn zur Wissens- und Persönlichkeitsbildung.

Als Sozialdemokrat*innen haben wir uns für die Schulsozialarbeit stark gemacht. Die mit dem Bildungs- und Teilhabepaket eingeführten Maßnahmen in der Schulsozialarbeit wollen wir verstetigen. Hier sehen wir den Bund und das Land in der Pflicht, auskömmliche Mittel bereitzustellen, um so unseren Schulträgern Planungssicherheit zu geben.

Berufliche Bildung schafft Perspektiven

Jede*r Jugendliche hat ein Recht auf eine Berufsausbildung mit qualifiziertem Abschluss. Für uns gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen erfordern eine Umstellung des bisherigen Ausbildungssystems dahingehend, dass eine Erstausbildung vielmehr Teil lebenslangen Lernens wird. Hier braucht es eine

bessere Vernetzung zwischen Wirtschaft und Schule, damit bedarfsgerecht für die Zukunft ausgebildet wird. Es geht um das Zusammenwirken von Erst-, Fort- und Weiterbildung. Mit dem Regionalen Bildungszentrum sind wir im Kreis gut aufgestellt, um die notwendige Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung zu garantieren. Erfolgreich laufen unsere Fachklassen im pädagogischen Bereich für Quereinsteiger zum künftigen Einsatz z.B. in Kitas (PIA). Wir wollen ähnliche Bildungsmodelle im Pflegebereich diskutieren und einführen.

Die SPD hat sich erfolgreich für die Errichtung einer Jugendberufsagentur (JBA) im Kreis eingesetzt. Eine zweite JBA im Südkreis war von Beginn an eine unserer zentralen Forderungen, die nun mit der JBA in Geesthacht endlich auf den Weg gebracht wird.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG)

Die BQG unterstützt und berät Menschen ohne Arbeit. Die vielfältigen Projekte und Coachingmaßnahmen zeigen den Menschen Perspektiven auf und bieten Lösungen für die Zukunft an. Die 1995 vom Kreis Herzogtum Lauenburg, den Städten und Ämtern im Kreis gegründete BQG wollen wir auch in Zukunft fördern und stärken. Die BQG des Kreises unterstützt insbesondere Jugendliche, die aus unbeständigen Familienverhältnissen kommen und an einen Schulabschluss, eine Ausbildung oder Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt herangeführt werden. Wir werden niemanden zurücklassen.

Volkshochschulen und Büchereien erhalten

Auch im Sinne lebenslangen Lernens macht sich die SPD für die Weiterbildung durch die Volkshochschulen stark. Die aktuelle Situation der VHS im Kreis zeigt, dass wir eine Überarbeitung der Strukturen brauchen. Auch um nicht noch mehr Standorte zu verlieren. Es bedarf daher einer

deutlichen Erhöhung der finanziellen Mittel für die VHS. Büchereien müssen ebenfalls erhalten bleiben und ihr Angebot an digitalen Medien aufstocken, um den tatsächlichen Bedarfen zu entsprechen. Lebensbegleitendes Lernen ist in der heutigen Zeit unverzichtbar. Weiterbildung ist eine öffentliche Aufgabe zur Stabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens.

Kunst und Kultur sichern

Die Kulturarbeit des Kreises wird federführend von der Kulturstiftung Herzogtum Lauenburg durchgeführt. Hier erwarten wir weiterhin verstärkt die Einbindung und Beteiligung aller Kulturschaffenden, auch kleiner Institutionen, nur so kann eine Vielfältigkeit langfristig sichergestellt werden. Wir wollen einen dauerhaften Dialog aller Beteiligten.

Die SPD macht sich seit 2015 dafür stark, dass die Stiftung Herzogtum Lauenburg ein Kulturknotenpunkt der Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn wird. Viele Aktivitäten sind daraus entstanden – das Landesbudget wurde inzwischen verdoppelt. Diese gute Arbeit muss fortgeführt werden. Kunst und Kultur leisten wichtige Aufgaben für gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt. Sie aktivieren Menschen, wecken Kreativität und stärken das Sozialverhalten. Die Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung bedeutet zugleich, dass alle Bürger*innen des Kreises gleiche Zugangschancen zu kulturellen Angeboten haben sollen. Wir begrüßen ausdrücklich die hohen Investitionen in unser Kreismuseum, welches einen großen Stellenwert für unsere Region hat und durch Modernisierung und Barrierefreiheit dem sozialen Auftrag gerecht wird.

Finanzen

Der Kreis hat seine Verschuldung von 47,7 Mio. Euro im Jahre 2013 auf nunmehr 6,06 Mio. € abbauen können. Dies gelang durch Finanzhilfen des Landes, des Bundes und die vorzeitige Tilgung von Krediten.

Trotzdem steht der Kreis vor großen finanziellen Herausforderungen. So kommen in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von ca. 90 Mio. Euro auf uns zu – durch die Sanierung und Erweiterung des Kreishauses, der Erweiterung der Kreisfeuerwehrzentrale, der Erweiterung der Schulen Steinfeld und Hachede sowie dem Neubau von notwendigen Rettungswachen.

Diese Investitionen dürfen nicht auf dem Rücken der Städte und Gemeinden getätigt werden. Eine maßvolle Aufnahme neuer Kredite wird notwendig werden.

Eine Erhöhung der Kreisumlage führt zwar zu einer Verbesserung der Haushaltslage des Kreises, bürdet allerdings den Kommunen weitere spürbare Einschnitte auf. Eine Besserung der finanziellen Situation des Kreises muss immer auch in den Kommunen spürbar sein.

Einsparpotenziale im Kreishaushalt durch Reduzierung interner Kosten, etwa durch Verwaltungskooperationen auf regionaler Ebene, strukturelle Veränderungen innerhalb der Verwaltung, Aufgabenkritik, Reduzierung von Verwaltungskosten sind zu ermitteln.

Einer Erweiterung des Stellenplanes der Kreisverwaltung werden wir nur dann zustimmen, wenn eine Gegenfinanzierung gesichert ist, also die entsprechende Stelle sich selbst finanziert oder aber gesetzliche Vorgaben die Einrichtung zusätzlicher Planstellen erforderlich macht.

Die von der SPD initiierte Einrichtung eines „Runden Tisches“ zwischen den Städten und Gemeinden hat sich als Austauschplattform bewährt und soll fortgeführt werden.

Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg

Unsere Kreissparkasse verfügt über eine solide Kapitalbasis und vor allem über kompetente, engagierte und loyale Mitarbeiter*innen. Sie ist die

führende Bank in unserem Kreis und wird sich auch weiterhin durch ihre soziale Verpflichtung für die Menschen in unserem Kreis von solchen Geldinstituten unterscheiden, die ausschließlich eine Gewinnmaximierung im Auge haben. Dies setzt einen engen Kontakt mit den Kund*innen voraus. Ein solcher kann nur durch ein dichtes bürger*innennahes Filialnetz gewährleistet werden. Wir werden bei der Diskussion um mögliche Netzveränderungen sehr genau hierauf achten.

Verwaltungsstruktur

In Zeiten knapper kommunaler Finanzen gehört im Interesse der Bürger*innen des Kreises Herzogtum Lauenburg die Verwaltungsstruktur des Kreises permanent auf den Prüfstand. Handlungsmaxime muss sein, „kein Geld für unnötige Verwaltung“, welches finanzielle Mittel bindet.

Deshalb werden wir auch in der neuen Wahlperiode darauf drängen, die Verwaltung so effektiv wie möglich zu halten. Es gibt aus unserer Sicht nach wie vor Möglichkeiten durch Kooperationen mit anderen. Ob dies innerhalb der kommunalen Familie im Kreis passiert, oder auch kreisübergreifend, muss ausgelotet werden. Es ist nicht einzusehen, dass Verwaltungen z. B. jeweils eigene IT-Logistik und Personal vorhalten. Gutachten haben bereits gezeigt, dass erhebliche Einsparpotenziale zu realisieren sind. Hier wollen wir auch in der neuen Wahlperiode weiter ansetzen.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine weitere Ergänzung zur Kosteneinsparung, darüber hinaus ist es unabdingbar, unsere Verwaltungsstrukturen zukunftsfähig zu gestalten. Das Beantragen von Ausweisdokumenten, Wohngeld, Fahrzeugzulassungen und vielen weiteren Leistungen muss flächendeckend online erfolgen können.

Gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode soll der Kreistag hierzu einen konkreten Zeit-/Maßnahmenplan erarbeiten, damit endlich Dynamik in

dieses Thema kommt. Dabei setzen wir auf andere politische Mehrheiten im neuen Kreistag, die dies auch ermöglichen werden.

Wirtschaft, Tourismus, ÖPNV

Wirtschaft

Eine sozialdemokratische Wirtschaftsförderung verfolgt das Ziel der nachhaltigen Einkommenssicherung für den größtmöglichen Anteil der Bevölkerung. Die Ansiedlung und Erhaltung krisenfester Arbeitsplätze hat daher Vorrang vor Profitmaximierung für Einzelne, wenngleich Unternehmensgewinne im Kreis begrüßt werden und erst die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind.

Ausdrücklich begrüßen wir auch alle Initiativen zur Gründung von Betrieben und Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen zukunftsfähigen Branchen, wie erneuerbare Energien oder der Informationstechnik. Wir setzen uns daher für ein Gründungszentrum im Kreis unter Federführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Herzogtum Lauenburg (WFL) ein.

Bereits in der Vergangenheit hat sich die SPD-Kreistagsfraktion sehr dafür stark gemacht, dass Lohn- und Preisdumping vermieden werden. Auch im Interesse des lauenburgischen Handwerks und seiner besonderen Rolle bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen unseres Kreises. Dadurch kann ein Beitrag zur Unterstützung des handwerklichen Mittelstandes in unserer Region geleistet werden.

Außerdem setzen wir uns für mehr Integrationsarbeitsplätze im Kreis Herzogtum Lauenburg ein. Hierzu sollen Gespräche mit Einrichtungen und Gesellschaften, auf die der Kreis unmittelbar Einfluss hat, geführt werden.

Der Hansebelt als Entwicklungschance über die Wirtschaft hinaus

Wir unterstützen die Region Hansebelt, in der der Kreis mit seiner Wirtschaftsförderungsgesellschaft Mitglied ist. Damit nimmt der Kreis Herzogtum Lauenburg an vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur in Wirtschaft und Tourismus teil, sondern ist mit den Nachbar*innen regional und international eingebunden in eine Wachstumsregion von Hamburg bis Kopenhagen. Hier gibt es Vielfalt in vielerlei Hinsicht, die gefestigt und weiterentwickelt werden muss: Natur, Kultur, Freizeit, Bildung, Stadt und Land und noch Meer.

Regionale Produktion für regionale Märkte

Die Beschränkungen während der Corona-Pandemie, russische Kriegstreiberei und globales Vormachtstreben haben uns deutlich vor Augen geführt, wie anfällig globale Versorgungsstrategien und Absatzmärkte sein können. Insbesondere die Landwirtschaft im Kreis und in der Region hat darauf mit einem größeren Angebot in der Direktvermarktung, über Hofläden und Automaten, reagiert und gezeigt, dass Produktion und Verbrauch nah zusammenliegen können. Dieser regionale Wirtschaftskreislauf muss gesichert und gefördert werden. Dies muss auch auf Handwerk und Dienstleistung übertragen werden, das Potential auf Verbraucher*innenseite ist vorhanden und kann geweckt werden.

Tourismusförderung im Kreis

Der Kreis bietet durch seinen Naturraum mit der Wald- und Seenlandschaft ein großes Potential für die Naherholung in der Metropolregion Hamburg mit Raum sowohl für Ruhe als auch Aktivität.

Gerade im Nordkreis, aber auch an der Elbe, hat sich der Tourismus zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Standortbewusste Angebote stärken den Zusammenhalt von Tourismuswirtschaft und Bevölkerung und die Akzeptanz der Einrichtungen dieser Branche. Die von der

SPD-Kreistagsfraktion vor Jahren initiierte „Herzogtum Lauenburg Marketing- und Servicegesellschaft“ (HLMS) hat hier in den vergangenen Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Unsere Zielsetzung, dass dabei alle Beteiligten und Akteur*innen im Kreis an einem Strang ziehen, ist weitgehend realisiert worden. Denn: Eine gemeinsame Vermarktung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und dem Nachbarkreis Stormarn in der HLMS stärkt das Image der Region, ohne die lokalen Besonderheiten zu verdrängen. Die HLMS wird dabei weiter unsere Unterstützung erhalten. Eine ständige Fortentwicklung des touristischen Angebotes, eine Qualitätsverbesserung und das sich immer wieder Neuausrichten auf die touristischen Marktbedürfnisse stehen dabei im Vordergrund.

Tourismus im Kreis Herzogtum Lauenburg bedeutet auch das Forcieren des Tagestourismus. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen haben die Bedeutung auch dieses Tourismuszweiges aufgezeigt. Wir werden deshalb die Kooperationsmöglichkeit mit unseren Nachbarn, insbesondere der Freien und Hansestadt Hamburg, weiter forcieren.

Eine noch engere Verzahnung mit dem attraktiven Biosphärenreservat Schaalsee muss ebenfalls Ziel der Kreispolitik sein. Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist landschaftlich zu schön, um die touristischen und damit auch wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten „liegen zu lassen“.

Verkehrsnetze jenseits von Straßen

Eine gute Mobilität zeichnet sich durch Flexibilität bei den Verkehrsmitteln aus. Während die Erschließung des Kreises durch Straßen für Autos gut gewährleistet ist, muss das Fahrrad häufig auf Nebenstrecken ausweichen. Die SPD setzt sich daher für ein dichtes Radwegenetz auch über die lokalen Stadtgrenzen hinaus ein. Das Radfahren von Dorf zu Dorf muss sicher sein. Konkret wollen wir die Kreisstraßen mit getrennten Radwegen ausstatten und uns im Bund und Land dafür starkmachen, dass

diese auch auf Bundes- und Landesstraßen geschieht. Starten wollen wir dabei mit Strecken, die schon vorhandene Radwege miteinander verbinden.

Öffentlicher Personennahverkehr –

ÖPNV: Stundentakt aus jedem Dorf

Der ÖPNV ist ein wesentlicher Teil der Infrastruktur, die dazu beitragen soll, dass die Bürger*innen unseres Landes weitgehend gleiche Lebenschancen haben, d.h. in diesem Fall, dass Schulen, Arbeitsstätten und sonstige Einrichtungen des öffentlichen Lebens gut erreichbar sind. Das ist jedoch in unserem Kreis nicht gewährleistet, viele Dörfer sind schlecht eingebunden ins Verkehrsnetz und an Wochenenden oder Feiertagen völlig vom ÖPNV abgeschnitten.

Wir verstehen den ÖPNV als Daseinsvorsorge für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises und wollen daher langfristig in jedem Dorf als Grundversorgung einen Zugang zu öffentlichen Bahn- oder Buslinien im Stundentakt schaffen, eine Zuführung zur nächsten Linie kann in Teilbereichen auch durch ein Abrufangebot erfolgen. In den dichter besiedelten Gebieten und auf den hochfrequentierten Verkehrswegen des Kreises muss ein höherer Takt angeboten werden, die Verbindungen müssen auch abends und am Wochenende ein attraktives Angebot enthalten.

Die SPD setzt sich daher seit Jahren dafür ein, trotz knapper finanzieller Mittel für eine ausreichende Versorgung im öffentlichen Nahverkehr zu sorgen. Das ist uns vor allem auch aus sozialen Gründen ein starkes Anliegen, denn die hohen Anschaffungskosten für ein Fahrzeug und die ständig steigenden Benzinpreise stellen viele Bürger vor große finanzielle Probleme.

Um die Menschen in unserem Kreis auch aus ökologischen Gründen zum Umsteigen auf den ÖPNV zu veranlassen, bedarf es eines Angebots, das

eine attraktive Alternative zum Fahrzeug bietet. Dazu gehören neben einer ausreichenden Ausstattung mit Haltepunkten vor allem ein verlässliches und ausreichendes Busliniennetz mit Fahrpreisen, die auch Bürger*innen mit geringem Einkommen nicht überfordern. Der Fahrpreis sollte einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNVs setzen und nicht abschrecken. Fernziel ist die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

Umwelt, Forst, Abfallwirtschaft

Natur und Umwelt

Die hohe Lebensqualität zeichnet unseren schönen Kreis aus. Die SPD tritt aktiv für den Erhalt unserer wertvollen Natur und Landschaft ein. Wir wollen die Wälder des Kreises als Lebensraum, aber auch als Erholungsort erhalten und stärken. Da das eigene Erleben von Wald und Natur Akzeptanz, Verständnis und Kenntnis dieser wichtigen Naturelemente fördert, gilt es insbesondere, den Naturpark Lauenburgische Seen weiter zu stärken und die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort auszubauen.

Herausforderungen und Veränderungen, die mit dem Klimawandel einhergehen, drängen zum Handeln. Stürme, Trockenheit und Borkenkäfer machen auch vor unseren Wäldern nicht halt. Damit auch unsere Enkel etwas von unseren schönen Wäldern haben, brauchen sie dringend Stärkung. Dazu gehört auch, weitere Flächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Für die SPD gilt ganz klar: Umweltschutz vor Gewinnen.

Zudem steht die SPD weiter für eine stärkere öffentliche Beteiligung in all diesen Fragen. Wir halten daran fest, dass der Kreis einen Waldbeirat braucht.

In Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit muss der Kreis mit gutem Beispiel vorangehen – das neue Klimaschutzkonzept war ein guter Schritt. Aber: weitere müssen folgen. Hierzu muss die Stelle der Klimaschutzmanager*in langfristig gesichert werden. Auch über Informationsveran-

staltungen und eine verstetigte Vernetzung der Klimaschutzmanager*innen in den Städten kann der Kreis einen Beitrag leisten.

Perspektivisch sollen alle kreiseigenen Gebäude energetisch (mindestens) autark sein.

Kommunale Abfallwirtschaft

Die kommunale Abfallwirtschaft stellt einen der Bereiche dar, in denen der Kreis unmittelbar einen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leisten kann. Durch die seit Jahrzehnten bestehenden Systeme zur getrennten Erfassung von Wertstoffen aller Art leistet der Kreis seinen Beitrag zur Einsparung von Rohstoffen und Energie. Der Ausbau der Sammelsysteme und die Ausweitung auf weitere Stoffe, z.B. Kunststoffe, Schrott, Holz (Wertstofftonne), müssen weiter vorangetrieben werden. Die Erfassung von Wertstoffen muss in der Zuständigkeit des Kreises durchgeführt werden, weil nur die kommunale Abfallwirtschaft ein Garant für Recycling unabhängig von Gewinnaussichten und Rohstoffpreisen war und ist. Die hierbei ggf. erzielten Überschüsse müssen den Bürger*innen weiterhin zugutekommen.

Die im Bereich der Abfallwirtschaft Beschäftigten, ob beim kommunalen Unternehmen direkt oder bei den eingesetzten Dienstleistern, müssen adäquat entlohnt werden. Zur Vermeidung von Lohndumping sollten personalintensive Aufgaben von kommunalen Unternehmen direkt erbracht werden.

Gemeinschaft

Sport

Wir wollen Planungssicherheit für den Kreissportverband. Gerade in ländlichen Regionen kommt dem Sport eine besondere Bedeutung zu. Sport ist nicht nur Gesundheitsvorsorge, sondern auch ein wichtiges soziales

Betätigungsfeld. Für Jugendliche ist das Engagement in unseren Sportvereinen neben der körperlichen Betätigung auch Orientierung sowie ein Beitrag zum Erlernen von Werten und Verhalten. Daher unterstützen wir die Forderung nach einem*r Jugendbildungsreferent*in in vollem Umfang. Ohne unsere Sportvereine sähe die Jugendarbeit im ländlichen Raum deutlich magerer aus. Sport leistet zudem einen Beitrag zur Vermeidung von zusätzlichen Kosten im Bereich der Jugendhilfe. Deshalb werden wir den Breitensport weiterhin unterstützen und den engen Kontakt mit dem Kreissportverband weiterhin halten. Wir erwarten von unseren Sportvereinen zudem verstärkt Angebote für Menschen mit Behinderungen und unterstützen sie hierbei gerne.

Gleichstellung

Als Sozialdemokrat*innen stehen wir für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein. Wir verstehen diese als Schlüssel für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen und sehen uns durch die Istanbul Konvention verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Gleichstellung zu realisieren. Die Kreisverwaltung wird eine Vorreiter*innenrolle bei Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einnehmen. Wir wollen ein anonymisiertes und objektiviertes Bewerbungsverfahren bei Ausschreibungen des Kreises und der kommunalen Gesellschaften.

Die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Herzogtum Lauenburg ist unverzichtbar. Sie sind Anlaufpunkt bei Beschwerden, Beraterinnen und Fürsprecherinnen für Frauen vor Ort. Wir wollen sie stärken und sicherstellen, dass sie ihre Arbeit niederschwellig und barrierefrei gestalten können.

Beratungsstellen für Frauen sind wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Arbeit von Frau & Beruf und anderen Angeboten.

Gewaltschutz und -intervention sind in Pandemie- und Krisenzeiten besonders wichtig. Die vorhandenen Strukturen von Frauenfachberatungen und Frauenhäusern müssen entsprechend der Bedarfsanalyse ausgebaut werden. Hier sind Kreis- und Landespolitik gleichermaßen in der Pflicht, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit den Angeboten der Frauenfachberatung Herzogtum Lauenburg und der Landgrazien haben wir im Kreis ein gutes, sich ergänzendes Angebot für Frauen in Notsituationen, deren Weiterentwicklung wir begleiten und unterstützen möchten.

Schleswig-Holstein hat mit den spezialisierten Männerberatungsstellen in Kiel und dem Kreis Pinneberg eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir streben ein ähnliches Angebot in unserem Kreis an.

Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Wir werden verstärkt darauf achten, dass auch in unserem Kreis „Gender-Budgeting“, das bedeutet eine geschlechtssensible Haushaltsführung des Kreises mit öffentlichen Geldern, in Zukunft noch zielgerichteter und gerechter eingesetzt wird.

Rechtsextremismus

Wir wollen jeder Form von Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, entgegentreten und Feindseligkeiten gegen Minderheiten abbauen. Wir verurteilen die Anwendung extremistisch motivierter Gewalt. Wir stärken die Beratungsstellen zur präventiven Aufklärungsarbeit und zur Begleitung für Opfer extremistischer Gewalt. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vereinen und Verbänden im Kreis werden wir ausbauen.

Wir werden die Selbstorganisation und -beratung von Migrant*innen fördern sowie Integration durch Sprachförderung und den Erhalt der Sprachmittler*innen sichern.

Als Sozialdemokrat*innen ist es für uns selbstverständlich, Ausgrenzung und Intoleranz entschieden entgegenzutreten. Sie haben keinen Platz in

unserem Kreis. Wir wollen Vielfalt für alle erlebbar machen. Hierzu gehört die finanzielle Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, die von und mit Menschen aus verschiedenen Kontexten gestaltet sind.

Öffentliche Sicherheit

Die SPD spricht sich für eine flächendeckende leistungsfähige Polizeipräsenz im Kreis aus. Diese Polizeipräsenz in der Fläche ist für die Sicherheit unserer Bürger*innen erforderlich und muss daher auch langfristig gesichert werden.

Tierschutz

Tierschutz ist kommunale Pflichtaufgabe. Tierschutz ist auch eine Frage des würdigen Umgangs mit allen Lebewesen. Wir setzen uns für die nachhaltige Unterstützung der hier tätigen Vereine und Organisationen und deren solide finanzielle Ausstattung sowie für die angemessene Würdigung des hier engagierten Ehrenamtes ein.

Bürger*innbeteiligung

Transparenz ist der Schlüssel für Beteiligung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen auf allen Wegen über die Entwicklungen und Entscheidungen unseres Kreises informiert werden. Hierzu gehören unter anderem auch die Sozialen Medien. Eine Erreichbarkeit der Kreisverwaltung sowie der politischen Akteur*innen bei Fragen und Anliegen muss der heutigen Zeit angepasst niedrigschwellig auch über moderne Medien ermöglicht werden.

Zur Verbesserung der Bürger*innenbeteiligung werden wir einen Online-Stream aller Kreistags- und Ausschusssitzungen zur Verfügung stellen,

die Einbindung von Bürger*innen in Planungsverfahren verstärken, vermehrt Ideenwettbewerbe (z.B. Namenswettbewerb für Herzog*innen-Card) durchführen und Bürger*innenbefragungen anstoßen.

Ehrenamtliches Engagement – Rettungsdienst

Die SPD im Kreis wird auch in Zukunft die aktiven Ehrenamtler*innen fördern, vernetzen und fortbilden. Gemeinsame ehrenamtliche Aktivitäten sind der Kern jedes Gemeinwesens. Auch in unserem Kreis engagiert sich eine Vielzahl von Bürger*innen in verschiedensten Bereichen. Mit wenig Geld wird viel für die Gemeinschaft im Kreis Herzogtum Lauenburg getan. Wir werden prüfen, ob ein *Ehrenamtskoordinator*in oder ein Ehrenamtsbüro ein Weg sein können, um Ehrenamtler*innen organisatorisch zu entlasten.

Nur durch die Beschaffung zusätzlicher Rettungswagen und den Bau von weiteren Rettungswachen kann der unakzeptablen Hilfsfristüberschreitung in einigen Bereichen unseres Kreises entgegengewirkt werden.

„Retten, Löschen, Bergen und Schützen“, die Freiwilligen Feuerwehren in unserem Kreis sind Beispiele für den selbstlosen Einsatz für die Gemeinschaft. Wir wollen auch in Zukunft für eine gute Ausstattung mit Rettungs- und Ausbildungsmitteln des Kreisfeuerwehrverbandes Sorge tragen.

Das hohe Engagement, die stetige Einsatzbereitschaft und der hohe Ausbildungsgrad der ehrenamtlichen Retter*innen hat in den letzten drei Jahrzehnten bewiesen, dass der Rettungsdienst beim DRK in den richtigen Händen gelegen hat. Mit der in erster Linie europarechtlich notwendig gewordenen Gründung einer kreiseigenen Rettungsdienstgesellschaft (HLR gGmbH) ist die rettungsdienstliche Versorgung in neue Hände gelegt worden. Auch wenn wir Sozialdemokrat*innen den Weg dorthin, insbesondere den Umgang mit den engagierten Retter*innen des DRK

Kreisverbandes bei dieser Neustrukturierung scharf kritisiert haben, sichern wir der neu gegründeten Gesellschaft die uneingeschränkte Unterstützung zu.

Wir werden eine Herzog*innen-Card für Kinder und Jugendliche im Kreis einführen. Diese Karte soll insbesondere sozial-ökonomisch benachteiligten Familien Möglichkeiten zur Teilhabe an Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten im Kreis ermöglichen. Hierbei orientieren wir uns an der Kiel-Karte, zunächst beschränken wir uns auf Vergünstigungen für Schwimmbäder, Büchereien, der Volkshochschulen und ermitteln in Zusammenarbeit mit dem Kreissportverband Bedarfe bei der Bezuschussung von Vereinsbeiträgen.

Weitergehend besteht auch die Möglichkeit, die Übernahme von Schulmittagessen etc. über die Herzog*innen-Card abzudecken.

Jugendhilfe / Familie

Kinderschutz

Kinderschutz genießt zu Recht eine hohe Priorität. Es gilt, bestehende Angebote und Maßnahmen zu sichern und weiter auszubauen. Das Netzwerk „Frühe Hilfen“ leistet eine wichtige Arbeit, die bereits in der Schwangerschaft begleitend und beratend ansetzt und langfristig zum Wohle von Kindern und ihren Familien ausgerichtet ist. Die Arbeit des Netzwerkes sowie aller Mitarbeiter*innen muss gezielt unterstützt und gefördert werden.

Um den immer weiter steigenden Bedarfen gerecht zu werden, setzen wir uns für den Ausbau der Netzwerkarbeit verbunden mit finanzieller Förderung sowie der Schaffung weiterer Stellen für Familienhebammen, Sozialarbeiter*innen und administrativ tätiger Mitarbeiter*innen ein.

Die Familienberatungsstellen des Kreises und der freien Träger müssen finanziell ebenso bedarfsgerecht ausgestattet werden. Ein flächendeckendes, niederschwelliges Beratungsangebot ist sicherzustellen.

Jugendhilfe

Das bestehende kreisweite Netzwerk der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist fortzuentwickeln. Jugendtreffs und -plätze müssen ausgebaut werden.

Die „aufsuchende“ Straßensozialarbeit – Streetworking – ist auszubauen. Die Defizite in den ländlichen Räumen sind auszugleichen.

Demokratie lebt von Partizipation, das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wir möchten Jugendbeiräte auf verschiedenen Ebenen (Kreis, Städte, Kommunen) im Kreis ausbauen und finanziell fördern.